

Gemeinde Muldestausee

Mitteilung Nr.: 257/2022

☒ öffentlicher Teil

☐ nichtöffentlicher Teil

Sachbearbeiter:	Frau Puschmann	Beteiligtes Fachamt:
Federführende Stelle:	Ordnungsamt	

Beratungsfolge				
Gremium		Datum	dafür	dagegen
Bau- und Vergabeausschuss	Mitteilung	05.10.2022		
Haupt- und Finanzausschuss	Mitteilung	11.10.2022		

Kurztitel:

Sachstand zum Projekt „Neubau Feuerwehrgerätehaus im OT Burgkernitz“

Erläuterung:

Bereits 2019 wurde am 04.09. durch den Gemeinderat der Grundsatzbeschluss 287/2019 zum Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Ortsfeuerwehr Burgkernitz gefasst. Dies wurde erforderlich, da weder DIN-gerechte Stellplätze noch die erforderlichen Sozialräume für die Kameradinnen und Kameraden, wie Duschen und Umkleiden, vorhanden sind.

Aufgrund der Haushaltslage der Kommune ist eine Finanzierung dieses Vorhabens ohne Drittmittel nur sehr schwer umsetzbar. Die Möglichkeit der Nutzung von Fördermitteln wurde daher geprüft und ein entsprechender Antrag nach der Förderrichtlinie des Landes Sachsen-Anhalt zur Förderung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung gestellt. Hier wurde eine maximale 50 % Förderung in Aussicht gestellt. Jedoch ist zwingende Fördervoraussetzung das Vorliegen einer Baugenehmigung für das geplante Projekt. Diese kostenintensive Maßnahme wurde zuerst zurückgestellt und dem Fördermittelgeber auch deutlich kommuniziert, da vor Beauftragung der Planungsleistungen keine verbindliche Zusage eines Förderbescheides getätigt wurde.

Innerhalb der Arbeitsgruppe Gerätehaus Burgkernitz (vgl. Teilnehmer Anlage), welche der Bürgermeister zur außerparlamentarischen Vorberatung einberief, wurden alle erforderlichen Raumkapazitäten und Bedarfe der „Gesamtfeuerwehr Muldestausee“ gemeinsam erarbeitet und als Zielstellung einstimmig festgelegt. Die Grundlagen zur jeweiligen Berechnung ergeben sich aus DIN-Normen, sowie den Arbeitsstättenverordnungen in Verbindung mit der Stärke der Ortswehr und dem abzudeckenden Einsatzspektrum. Diese abgestimmte Zielstellung der Arbeitsgruppe wurde verbindliche Grundlage einer künftigen Planung, welche durch den Gemeinderat am 12.01.2022 beauftragt wurde.

Zunächst wurde eine Bauvoranfrage an das Bauordnungsamt des Landkreises Anhalt-Bitterfeld zur beabsichtigten Errichtung des Neubaus eines Feuerwehrgerätehauses im OT Burgkernitz gestellt, welche mit Bescheid vom 02.12.2021 positiv beschieden wurde.

Innerhalb dieses Verfahren wurde im November 2021 durch die Landesregierung ein Förderaufruf für den Neubau von Feuerwehrgerätehäusern aus EU-Mitteln mit einer 100 % Förderung ausgerufen. Bei der durchgeführten Informationsveranstaltung wurde klar kommuniziert, dass neben den Auswahlkriterien, das Vorliegen genehmigter Bauunterlagen für die Fördermittelzusage notwendig sind. Die Anträge waren bis zum 31.03.2022 einzureichen und eventuelle Nachträge bis zum 31.05.2022.

Im Hinblick auf diese Fördermöglichkeit wurde die Erarbeitung der notwendigen Planunterlagen für den Bauantrag weiter vorangetrieben.

Mit dem Beschluss 294/2022 vom 12. Januar 2022 erteilte der Gemeinderat die entsprechenden Aufträge an die Gemeindeverwaltung und das Planungsbüro mit dem wirtschaftlichsten Angebot. Innerhalb dieses Verfahren wurde eine aktuelle Kostenschätzung erstellt, welche die marktbedingten Kostensteigerungen von ca. 500.000 Euro abbildete.

Diese aktuellen Unterlagen wurden an den Fördermittelgeber weitergereicht. Dieser forderte die Anpassung des Finanzierungsplanes sowie eine Aussage zur Deckung der Mehrkosten mit Schreiben vom 10.08.2022 sowie Übermittlung einer Stellungnahme bis zum 31.08.2022. Sollten wir dieser Forderung nicht nachkommen, könnte unser Antrag nicht weiter berücksichtigt werden.

Die 2020 beantragte Förderung aus der Förderrichtlinie des Landes wurde mit Bescheid vom 15.08.2022 abgelehnt. Am 18.08.2022 wurde der Gemeinderatsvorsitzende durch den Bürgermeister über die Ablehnung seitens des Landes Sachsen-Anhalt informiert und um Rückmeldungen zu Möglichkeiten des Handelns gebeten. Eine Antwort hierauf erreichte weder die Gemeindeverwaltung noch den Bürgermeister:

e@mail vom 18.08.2022 11:26 Uhr nach vorheriger persönlicher Konsultation:

„Sehr geehrter Herr Wolpert,

anbei wie besprochen der Ablehnungsbescheid des Landesverwaltungsamtes vom 15. August 2022.

Zusammengefasst für mich wie folgt:

Den Antrag für das Haushaltsjahr 2022 mussten wir gem. Richtlinie bereits 2020 stellen!

Es mag keinen Rechtsanspruch geben, aber:

- *Der Neubau des Feuerwehrgerätehauses für die Ortsfeuerwehr Burgkernitz, der zweitstärksten und für die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr Muldestausee unabdingbaren Wehr, ist förderfähig.*
- *Mit dieser Aussicht auf Förderung haben wir erstens 2020 bereits in der Mittelfristplanung für 2022 Haushaltsmittel – immerhin 2 Million Euro (inkl. 1 Million Fördermittel bei 50 %) – eingeplant, und in Vorleistung die Genehmigungsplanung für knapp unter 100.000 Euro beauftragt. Mittel, die für andere Maßnahmen nicht zur Verfügung stehen.*
- *Das Land hat Mittel für 2022 eingeplant.*
- *Offenbar hat sich das Land entschieden für 2022 ausschließlich Feuerwehrfahrzeuge zu beschaffen, was in der Regel bisher nicht in Größenordnung erfolgt (z.B. vier ! LF 10 für 2019 insgesamt). Ich leite aus der Aussage ab, dass in 2022 überhaupt keine Gerätehäuser gefördert wurden/werden sollen.*
- *Abschließend weist der Bescheid darauf hin, dass „Haushaltsmittel für Baumaßnahmen bzw. Förderungen von Feuerwehrfahrzeugen NICHT für das Jahr 2022 zur Verfügung stehen“. Was stimmt nun?*
- *Vor Erteilung des Ablehnungsbescheides wurden wir nicht angehört, um zur geplanten Ablehnung Stellung nehmen zu können oder ggf. fehlende Unterlagen / Nachweise nachzureichen.*
- *Es ist nicht ersichtlich, aufgrund welcher Priorisierung die Verteilung der Haushaltsmittel erfolgte. In der Regel erhalten wir eine Zusammenfassung mit der Anhörung (z.B. bei Straßenbaumaßnahmen), wo sich unser Förderprojekt in der Gesamtschau aller Anträge mit einer nachvollziehbaren Gewichtung (Punktebewertung) im Verhältnis zu den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln einordnet.*

- *Nach unserem Kenntnisstand soll die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung des Landes nicht in 2023 verlängert werden. Daher stehen künftig über das Land keine Mittel zur Verfügung. Einzige Fördermöglichkeit bleibt dann die Beantragung über ELER-Mittel.*
- *Zuständig für die Finanzierung der Kommunen ist das Land Sachsen-Anhalt, nicht die EU. Über EU-Mittel stehen deutlich weniger Fördermittel in Aussicht. Für das Gerätehaus ist maximal eine Förderung von 750.000 Euro (je Stellplatz 250.000 Euro) möglich. Bedeutet eine zusätzliche Haushaltsbelastung von 250.000 Euro ungeplant. Die aktualisierte Kostenschätzung, welche erst mit Finalisierung der Planunterlagen vorliegen kann, geht von 2,5 Millionen Euro Baukosten aus. Die Gemeinde Muldestausee erhielt in 2022 eine Investitionskostenpauschale in Höhe von 584.000 Euro für sämtliche Investitionen und einen Mehrbelastungsausgleich für wegfallende Straßenausbaubeiträge in Höhe von 94.000 Euro. Als Haushaltskonsolidierungskommune ist die Aufnahme von Investitionskrediten grundsätzlich haushaltsrechtlich verwehrt. Ergo, kann die Gemeinde ihre Investitionspauschale von fünf Kalenderjahren aufsparen, um irgendwann ein nach Vorgaben des Landes, der Feuerwehrunfallkasse und des Bundesgesetzgebers (Baurecht) entsprechendes Gerätehaus zu bauen, um ihren Einsatzauftrag und die auferlegte 12-Hilfsfrist leisten zu können. Welches Vermögen die Gemeinde als ländlich geprägte Konsolidierungskommune, welche aufgrund der Vorgaben des LANDESENTwicklungsplanes an der Ausweisung weiterer Bebauungsplangebiete wesentlich gehindert wird, zur Refinanzierung verkaufen soll, ist mir schleierhaft...*
- *Wie soll die Gemeinde Muldestausee jemals die ihr vom Land Sachsen-Anhalt auferlegte Pflichtaufgabe des abwehrenden Brandschutzes unter diesen Voraussetzungen je erfüllen können?*
- *Ich bitte um Rücksprache, wie wir in dieser Hinsicht weiter verfahren wollen.*

Mit freundlichen Grüßen

*Ferid Giebler
Bürgermeister“*

Für die Vorberatung der Beschlussvorlage 232/2022 im Gemeinderat vom 07.09.2022 ist anstatt des Bau- und Vergabeausschusses der Haupt- und Finanzausschuss zuständig. Dieser wurde über die Ablehnung des Antrages über die Landesrichtlinie im Rahmen der Vorberatung informiert. Im Ausschuss sind alle Fraktionen vertreten, die somit ab dem 30.08.2022 Kenntnis hatten (Auszug Niederschrift vom HFA als Anlage).

Der Beschluss 232/2022 vom 07.09.2022 wurde dem ALFF nunmehr nachgereicht, ohne den für die beantragte Förderung automatisch eine Ablehnung erteilt worden wäre.

Ein Bescheid des ALFF zu den beantragten Fördermitteln aus den ELER-Mitteln liegt derzeit noch nicht vor. Sollten wir hier berücksichtigt werden, können wir max. 750.000 Euro für die Errichtung der geplanten 3 Stellplätze im OT Burgkernitz erhalten.

Die erforderliche Baugenehmigung liegt bereits vor. In der Kostenschätzung zu den Planunterlagen ist zwar exemplarisch eine Gasheizung aufgeführt. Diese bietet jedoch nur einen Anhalt für verlässliche Kosten dieses Heizmediums, das zum Zeitpunkt der Beauftragung der Planung, und somit vor Beginn des Ukrainekrieges als auch der hieraus resultierenden Energiekrise, grundsätzlich als eine mehrerer möglicher Varianten in Betracht kam. Wie mehrere Male und in unterschiedlichen Gremien ausgeführt, war bislang die höchste Priorität, in lediglich fünf Monaten eine leistungsfähiges Planungsbüro zu finden, zu binden und eine Baugenehmigung des zuständigen Bauordnungsamtes zu erhalten, um eine Chance auf die Gewährung von Fördermitteln zu erhalten.

Der Neubau eines Feuerwehrgerätehauses im Rahmen der Pflichtaufgabe des abwehrenden Brandschutzes für die Ortsfeuerwehr Burgkernitz als wesentlicher Stütze der Freiwilligen Feuerwehr Muldestausee ist für den Träger – die Gemeinde Muldestausee – alternativlos.

Es wird verwiesen auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Neubau Feuerwehrgerätehaus Burgkernitz sowie die Fortschreibung der Risikoanalyse mit dem Beschluss 167/2022, welche der Gemeinderat Muldestausee erst am 27.04.2022 einstimmig bestätigt hat.

Ohnehin ist die mit der Baugenehmigung vorgelegte Kostenschätzung lediglich die Grundlage für die folgenden Ausschreibungen einzelner Lose. Die konkrete Festlegung auf ein bestimmtes Heizmedium bzw. der noch ausstehende Variantenvergleich unterschiedlicher Energieerzeuger, einschließlich der exemplarischen Gasheizung, ist Gegenstand der Vergabe des Loses Heizung, Lüftung, Sanitär. Da die Maßnahme noch nicht begonnen, keine Ausschreibungen vorgenommen und keine Aufträge erteilt wurden, liegen die Ergebnisse eines solchen Variantenvergleiches noch nicht vor.

Anlagen:

Grundriss des Gerätehauses

Zeitstrahl der Maßnahme

Teilnehmer der AG Gerätehaus Burgkernitz

Auszug des Protokolls Haupt- und Finanzausschuss vom 30.08.2022

Datum und Unterschrift Bürgermeister Ferid Giebler